

Unter anderem in dieser Ausgabe:

GEWALT VON LINKS?: EIN DEBATTENBEITRAG s. 3

FLUCHT UND FASCHISMUS: DIE LINKSJUGEND IN UNGARN s. 4

STADTPARTEITAG: WAHLERGEBNISSE & BESCHLÜSSE s. 6

SOLIDARITÄT KONKRET: SPENDEN FÜR GEFLÜCHTETE s. 7

Veranstaltungstipp

Ökotalc

Von Frühling bis Sommer findet die Reihe „Ökotalc“ von der Linksjugend und Marco Böhme statt, unter anderem zu den Themen Abfall, Klima und Verkehr.

siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

Ausgabe 03/2016

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Am 5. März kamen die Delegierten zur 1. Tagung des 5. Stadtparteitages zusammen und wählten unter anderem diesen neuen Stadtverband. Siehe Seite 6

Bild: Tilman Loos

Den Boden fruchtbar gemacht

Franz Sodann Über die „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ und Kulturpolitik in Sachsen

„Die Erinnerung ist eine mysteriöse Macht und bildet die Menschen um. Wer das, was schön war, vergisst, wird böse. Wer das, was schlimm war, vergisst, wird dumm“.

Diese Erkenntnis von Erich Kästner (1931) erscheint richtiger denn je. Es war schlimm und es ist es wieder: Mehr als 1.000 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte deutschlandweit 2015 und allein in diesem Jahr bereits über 30 in Sachsen. Radikalität und Brutalität nehmen von Woche zu Woche zu. Es scheint, als ob ein Teil unserer Bevölkerung nicht nur unter Geschichtsvergessenheit leidet, sondern ihm jegliche Empathie für Menschen in Not fehlt.

Die Leugnung rechter Bewegungen und Radikalität seitens der jeweiligen sächsischen Staatsregierungen dauert seit Jahren an und hat zu einer Verharmlosung und neuen Anerkennung dieser in Teilen der Bevölkerung geführt. Denn: Wenn der Staat da kein Problem sieht, kann da ja auch keins sein. Gleichzeitig taten Staat und Justiz alles, um gesellschaftliches Engagement gegen Rechts ins Abseits zu stellen. Die Auswüchse und akuter Handlungsbedarf sind nicht mehr übersehbar, auch wenn die sächsischen Staatsregierungen seit 25 Jahren politisch motiviert auf dem rechten Auge blind sind. Dafür sieht DIE LINKE umso klarer.

Gerade in Sachsen gibt es die meisten Stätten politisch verordneter und grausam umgesetzter Unmenschlichkeit als mahnende

Beispiele. Folgerichtig wurde 1994 die Stiftung Sächsische Gedenkstätten als außerschulische und politische Bildungsinstitution gegründet mit dem Ziel:

„diejenigen Stätten im Freistaat Sachsen zu erschließen, zu fördern und zu betreuen, die an authentischen Orten an politische Gewaltverbrechen von überregionaler Tragweite, von besonderer historischer Bedeutung, an politische Verfolgung, an Staatsterror und staatlich organisierte Morde erinnern.“

- (Stiftungsgesetz)

Fünf Gedenkstätten (Bautzen, Münchner Platz Dresden, Pirna-Sonnenstein, DIZ Torgau und Ehrenhain-Zeithain) sind in Trägerschaft der Stiftung, weitere sollen institutionell gefördert werden, so z. B. die Gedenkstätte für Zwangsarbeit in Leipzig, das Konzentrationslager Sachsenburg und die Gedenkstätte „Runde Ecke“ sowie das Archiv Bürgerbewegung Leipzig. Damit nimmt die vom Freistaat errichtete Stiftung durchaus Einfluss auf die Gedenkkultur in Sachsen. Das ist politisch so gewollt. An diesem Punkt musste die Demokratie vor der sächsischen CDU weichen:

Als vor acht Jahren Christoph Meyer, Historiker und Sozialdemokrat, mit absoluter Mehrheit vom Stiftungsrat zum Geschäftsführer gewählt worden war, ignorierte die CDU-geführte Staatsregierung dieses Votum und berief stattdessen Siegfried Reiprich.

Die ZEIT vom 11.02.2016 zitiert Meyer, inzwischen Professor an der Hochschule in Mittweida, wie folgt: „An meinem Fall sollte ein Exempel statuiert werden. Ziel war es, die Stiftung so auszurichten, dass DDR-Unrecht eindeutig im Vordergrund steht. Herr Reiprich steht als Person für diesen Ansatz.“

Wie zutreffend diese Einschätzung ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Stiftung in den letzten Jahren und auf ihre aktuelle Verfassung.

Laut einem Bericht der Dresdner Neuen Nachrichten vergab die Stiftung im letzten Jahr knapp 700.000 Euro an Projekte und Einrichtungen, die sich der Aufarbeitung sowjetischer Besatzung und SED-Diktatur widmen. Das sind 85 % der Gelder. 14,5 % wurden für die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus verwandt. Die Zahlen in den Vorjahren waren ähnlich.

Begründet wird dieses Ungleichgewicht damit, dass eben nicht mehr als 15 % der Gelder beantragt worden seien. Schon ein wenig zynisch, scheint es doch so, dass die Stiftung in den vergangenen Jahren vieles daran gesetzt hat, um gesellschaftliche und bürgerschaftliche Initiativen zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit zu erschweren. Gut so, dass der Förderverein für Zwangsarbeit Leipzig umgehend und deutlich darauf hinwies, dass z. B. in den Jahren 2013, 2014 und 2015 jeweils nur ein Teil der beantragten Mittel bewilligt und ausgereicht wurden.

Fortsetzung von Seite 1

Neben den zwingenden Fragen der zukünftigen Gestaltung der Förderpolitik der Stiftung tritt diese immer häufiger selbst in unrühmlicher Form nach außen. Arbeitsgerichtsverfahren wegen unrechtmäßiger Kündigungen, Streitigkeiten zwischen Personalrat und Geschäftsführung oder zwischen ebendieser und Fördervereinen werden in der Presse sichtbar. Öffentlich distanzieren sich Personalrat, Fördervereine und gesellschaftlich Aktive in der Gedenkpolitik von der Geschäftsführung.

Und was passiert? Nichts. Die als Vorsitzende des Stiftungsrates zuständige Ministerin für Wissenschaft, Kunst und Kultur distanziert sich zwar in den Gremien. Jedoch habe sie keine weitere Handhabe, denn die Stiftungssatzung mache ein Eingreifen unmöglich. Eingreifen unmöglich? Bei einer vom Freistaat gegründeten und finanzierten Stiftung?

Weder dumm noch böse wollen wir werden: Deshalb fordert die LINKE im Landtag, die

Arbeit der Stiftung von einer Kommission evaluieren zu lassen, die mit externen Fachleuten aus der historischen Forschung und der Gedenkstättenarbeit aus anderen Bundesländern besetzt ist. Diese soll sich insbesondere:

- der gedenk- und förderpolitischen Ausrichtung der Stiftung,
- der Überprüfung der Sachgerechtigkeit der Organisations-, Personal- und Finanzstrukturen,
- der Arbeit des Geschäftsführers und der Gremien der Stiftung,
- der Verfahren und Kriterien zur Verteilung der Stiftungsmittel und
- der Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Initiativen und Fördervereinen widmen.

Vielleicht erinnern sich ja dann einige der Aufgaben der Gedenkpolitik und der politischen Bildung. Womit wir wieder bei Erich Kästner, 1931, wären.

Lüpertz und Klinger

Daniel Merbitz Milde künstlerische Provokation in Mitte

Die farbige und knapp drei Meter hohe Bronzeskulptur vor dem Leipziger Museum der bildenden Künste weist den Weg hinein in den Musentempel. Geschaffen wurde „Beethoven“ (Bronzeguss, 2015) vom Künstlerfürsten Markus Lüpertz. Der 1941 in Böhmen geborene Großkünstler ist nach einem Aufenthalt in Sachsen (1945 bis 1948) mit seiner Familie ins Rheinland übersiedelt und hat 1956 bis 1961 an der Werkkunstschule Krefeld studiert. 1973 bis 1986 lehrt er an der Karlsruher Kunsthochschule, danach folgt die Düsseldorf, der er von 1988 bis 2009 als Rektor vorsteht.

Seit seinem Aufenthalt 1970 in Florenz beschäftigt sich Markus Lüpertz intensiv mit Max Klinger (1857-1920), besucht oft das Leipziger Museum. Der Leipziger Hausheilige inspiriert und fordert den extravaganten Künstler heraus. Max Klingers „Beethoven“ aus dem Jahr 1902 hat es ihm angetan. Und er hat ihn vom Marmorsockel geholt. Wir schauen jetzt auf einen menschlichen Beethoven, der von einem stillen Genius überragt und angetrieben wird. Das Gegenteil von Max Klingers Vergöttlichung des Komponisten. Und doch steckt Klinger drin: Die polychrome Skulptur von Max Klinger hat bereits Zeitgenossen irritiert, die auf ein weißes, klassizistisches Schönheitsideal getrimmt waren. Wohl nicht weniger als heute, wo polierte und glatte Bronzehäute in Mode sind. Die Mehrfarbigkeit steht sowohl für die Verbindung zu Klinger als auch für eine gut dosierte, altersmilde Provokation, obwohl Markus Lüpertz letzteres verneint.

Museumsdirektor Hans-Werner Schmidt ist mit der Enthüllung der „urbanen Konstrukti-

on“ (Lüpertz) am museal konnotierten 18. Dezember (Eröffnung des ersten Museumsbaus am Augustusplatz 1858) ein Coup gelungen: In Leipzigs Mitte präsentiert der Künstlerfürst (bei strömendem Regen) höchstselbst seine Hommage an die Musik und Bildhauerei. Die Beethovenstadt und die Klingerstadt eint, dass sie beide eine Lüpertz'sche Bronzeskulptur zu Schau stellen dürfen: 2014 der erste Guss für Bonn, der zweite 2015 für Leipzig.

Auf meine Frage, ob Markus Lüpertz von seinen Skulpturen träume, erwiderte er nach einem Moment des Nachdenkens: „Ich träume nie. Ich habe Schicksal.“



Bild: Daniel Merbitz

DIE LINKE vor Ort

Redaktion Sprechstunden und Termine der Sozialberatungen von und bei DIE LINKE. Leipzig.

Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Abgeordnetensprechstunde mit MdL Franz Sodann
- 17. März 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Naomi-Pia Witte
- 18. März 13:00 bis 14:30 Uhr, Raum 186, Neues Rathaus, Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke
- 5. April 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Bürgerverein Gohlis, Lindenthaler Straße 34, Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken und der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke
- 14. April 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Naomi-Pia Witte
- 14. April 16:30 bis 18:00 Uhr, Raum 186, Neues Rathaus, Bürgersprechstunde mit den Stadträtinnen Dr. Ilse Lauter und Beate Ehms
- 25. April 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Di. 16:00 bis 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustr. 15, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann und Alexej Danckwardt
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Wahlkreis - Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis - Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden 2. & 4. Do. 12:00 bis 15:00 Uhr und 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit INTERIM-Kollektiv

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN sind für alle Interessierten öffentlich.

- Fraktionssitzung: 30. März, ab 17:00 Uhr Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 23. März, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Zeit zur Positionierung und Differenzierung

Jule Nagel Beitrag zur Debatte um „Gewalt von links“

Noch nie so oft wie im letzten Jahr musste ich mich zu Gewalt von links äußern. Noch nie habe ich so oft meine gewaltfreie Grundhaltung kommuniziert. Trotzdem werde ich weiterhin zur Anführerin fiktiver linksautonomer Herden stilisiert.

Doch: Auch noch nie habe ich so viel verbale Gewalt erlebt wie im letzten Jahr, über alle Kanäle wurde ich beschimpft und bedroht. Nicht von Linken, sondern von Menschen, die Humanismus und Demokratie zutiefst verachten, von Menschen, die mir mein „*kranke Gehirn aus dem Kopf ballern*“ oder mich gemeinsam mit dem OBM Burkhard Jung „*an die Wand stellen und entsorgen*“ wollen, weil ich weiterhin konsequent gegen Rassismus und seinen Nährboden einstehe. Genau diese aggressive und antihumanistische Grundhaltung haben Pegida und seine Ableger erzeugt und dafür die mobilisiert, die in den letzten Jahren auf den Sofas und an den Stammtischen verharren.

Es liegt auf der Hand: Eine gesellschaftliche Mitte, die sich unpolitisch gibt und die Stabilität einer Gesellschaft repräsentiert, gibt es nicht. Es gab sie nie. Schon seit Jahren weisen sozialwissenschaftliche Studien auf den hohen Anteil an rassistischen und demokratiefeindlichen Einstellungen in der Gesamtgesellschaft hin. Mit den Manifestationen von Pegida und Co. sind die Zahlen aus den Studien lebendig geworden und zeigen sich Montag für Montag auf den Straßen vor allem in Sachsen. Der organisierte Angriff auf Geschäfte und Kneipen in Leipzig-Connewitz, der im Windschatten des Legida-Marsches in der Innenstadt stattfand, oder die Beteiligung von Pegida an den gewalttätigen rassistischen Hetzveranstaltungen in Freital und Heidenau im vergangenen Jahr zeigen, dass die sich als bürgerlich gebenden *gidas für die Aufheizung des gesellschaftlichen Klimas mitverantwortlich sind. Über 1000 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gab es im Jahr 2015 bundesweit, ein Jahr vorher waren es 199. Sachsen ist mit offiziellen 101 Angriffen negativer Spitzenreiter, die Dunkelziffer liegt höher. Gleichzeitig haben in Sachsen erschreckende 276 rassistische Aufmärsche gegen Unterkünfte von Asylsuchenden stattgefunden. In Leipzig gibt es seit Herbst 2015 eine Serie von Gewaltaktionen gegen antifaschistische Aktivist*innen, ihre Wohnungen und Autos. In Dresden wurde zu Weihnachten ein linkes Hausprojekt anzuzünden versucht, während im Haus acht Menschen schliefen. In diese Realität muss auch die Gewalt von links eingeordnet werden.

Wir sprechen unterm Strich von mehr als einem Dutzend konzentrierten Angriffen, vornehmlich auf staatliche Symbole: Gegen den Polizeiposten in Connewitz, das Amtsgericht, die Ausländerbehörde, das Bundesverwal-

tungsgericht, die Landesdirektion. Den Höhepunkt dürfte die Eskalation am 12.12.2015 erreicht haben, als hunderte Vermummte auf der Karl-Liebknecht-Straße randalierten und auch PolizistInnen angriffen.

Die Gegenüberstellung der verschiedenen politisch motivierten Gewalttaten soll eines nicht: Gleichsetzen. Schon die Zahl der Beteiligten und die Zielrichtung der Angriffe zeigt die Differenz: Während tausende in sächsischen Städten gegen die Würde von Menschen aufmarschieren und auch bewohnte Häuser von Menschen angreifen, die zu den gesellschaftlich Schwächsten oder politischen Gegner*innen gehören, während in Sachsen seit 1990 mindestens 15 Menschen durch rechte Gewalt sterben mussten, machen sich in Leipzig klandestine Kleinstgruppen vornehmlich nachts auf den Weg um unbewohnte staatliche Gebäude zu zerstören.

Oft werde ich gefragt ob das, was diese Kleinstgruppen tun, noch „links“ wäre. Sie würden der Sache und unserer Partei schaden. Es stellt sich die Frage, was genau „links“ ist und wer dies definieren will. Genauso wenig wie die Partei DIE LINKE die Definitionsmacht darüber hat, haben es einzelne, die sich nachts auf den Weg machen um Sachen zu zerstören. Die Aktionsformen von Linken sind schon seit jeher so verschieden wie es linke Strömungen sind. Dass Gewaltausübung ins Repertoire der politischen Linken gehört, ist jedoch nicht zu leugnen. Erinnert sei an den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime, den spanischen Bürgerkrieg oder aktuell den bewaffnete Kampf der KurdInnen, das Aufbegehren von unterdrückten Bevölkerungsgruppen in diversen lateinamerikanischen Ländern oder die Wut gegen gewalttätige Polizeibeamte zum Beispiel in Griechenland 2008 oder Großbritannien 2001.

Dr. Thomas Seibert, Philosoph und Autor, schreibt in einem Beitrag für die Texte der RLS 49/2008 „*Die Linke muss zu [sozialen] Kämpfen und denen, die sich in ihnen oft erstmals oder jedenfalls anfänglich politisch artikulieren, ein behaftendes und produktives Verhältnis haben: sie kann nicht nicht wollen, dass es solche Kämpfe und die in ihnen aufbrechende Gewalt gibt. Sie kann deshalb trotz ihrer prinzipiellen Gewaltkritik keinen prinzipiellen Gewaltverzicht leisten.*“

Die meisten militanten Aktionen von links, die uns im Jahr 2015 begleitet haben, entbehren eines gesellschaftlichen Kontextes, der emanzipatorische Umbrüche nahe legt, sie sind zudem weder spontan noch reaktiv. Sie waren offensichtlich zum großen Teil konzentriert geplant, vor allem aber passierten sie in einer gesellschaftlichen Situation, in der die stärkste soziale Bewegung von rechts kommt und der Staat – vor allem in Sachsen – ge-

gen eine eher marginalisierte Linke vorgeht. Vielleicht bringt genau dies – die vielfältigen negativen Erfahrungen mit der „sächsischen (Nicht)Demokratie“, mit Polizeigewalt und der spürbaren rechten Hegemonie – antifaschistische und andere linke Akteure dazu, zu zerstörerischen statt konstruktiven Mitteln zu greifen. Als linke Partei positionieren wir uns klar zu den Vorfällen. Viel wichtiger als eine Distanzierungsspirale, die irgendwann zur Floskel verkommt, ist es allerdings auf die eigenen Aktionsformen hinzuweisen und aktiver Teil von gesellschaftlichen Bündnissen, von Initiativen und außerparlamentarischen Gruppen zu sein. Um eine Polarisierung werden wir gerade in diesen Zeiten nicht herum kommen. Aber: Wir müssen es nicht allen Recht machen. Unsere Aufgabe ist es, für soziale Gerechtigkeit, für eine offene und inklusive Gesellschaft für alle und für Solidarität zu streiten.

Die Autonomen: ... sind laut Verfassungsschutzbericht die quasi „gefährlichsten“ Linken. In Leipzig gibt es laut VS mit 180 Personen die meisten in Sachsen. Diese Einschätzung dürfte sich auf dünnem Eis bewegen, denn autonom wird man nicht per Beitritt zu einer Organisation, vielmehr handelt es sich um ein Selbstverständnis, das ein positives Verhältnis zur Gewaltausübung nicht automatisch einschließt. Die autonome Bewegung hat ihre Wurzeln in den StudentInnenprotesten der 1960er Jahre und der damit entstehenden neuen sozialen Bewegungen. Autonome legen Wert auf Selbstorganisation und politische Unabhängigkeit von Staat und Parteien.

Die Antifa: ... gibt es ebenso wie „die Autonomen“ nicht als eingetragene und abgrenzbare Gruppierung. Bundesweit gibt es über 200 Antifa-Gruppen. Linksradikale Antifagruppen unterscheiden sich von zivilgesellschaftlichen Bündnissen gegen rechts oft durch ihre offensiveren Aktionsformen, aber vor allem durch ihre gesellschaftskritische Grundhaltung, die eine Analyse der Entstehungsbedingungen von Faschismus/Nazismus einschließt. Zur „Antifa“ zu gehören ist allerdings auch ein Stück Jugendkultur.

Den Schwarzen Block: ... gibt es nicht als feste Gruppierung. Das Tragen schwarzer Kleidung ist ein klassisches Merkmal der autonomen und „Antifa“-Szene. Ziel ist neben, einem gleichen Erscheinungsbild, für staatliche Organe – aber auch Neonazis – schwerer erkenn- und unterscheidbar zu sein.

Die Zahlen: In Sachsen stehen 2015 242 Ermittlungsverfahren im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts 34 von links gegenüber. Im Jahr 2013 gab es in bundesweit 17.000 rechte Straftaten und 8600 linke. Über diese Zahlen gab es eine große Debatte. Hohe BKA-BeamtInnen räumten ein, dass unter denen in der Statistik Politisch motivierte Kriminalität links eingeordneten Delikten ein relevanter Teil Sachbeschädigungen, etwa das Zerstören von neonazistischen Wahlplakaten, und dem Demonstationsgeschehen zugeordnet werden muss, wozu in vielen Fällen friedliche Sitzblockaden gehören. Im Jahr 2014 ist die Zahl der links motivierten Kriminalität bundesweit um 6,5 % gesunken.

Entwerrung

Tilman Loos Warum viele Ortsverbände eigentlich Basisorganisationen sind und warum das nur Wenige wissen

DIE LINKE. Leipzig ist ein Kreisverband. Weil wir jedoch ein Kreisverband einer kreisfreien Stadt sind, heißen wir Stadtverband. Dieser gliedert sich in so genannte „nachgeordnete Gebietsverbände“, die Ortsverbände. Jedes Mitglied muss nach Landessatzung Mitglied in einem Ortsverband sein, wobei es sich (wie in unserer Partei üblich) frei heraussuchen darf, welcher Ortsverband das sein soll. Standardmäßig wird man bei Eintritt natürlich dort Mitglied, wo man wohnt. Bei uns im Stadtverband sind die Ortsverbände laut Satzung (§2 Abs. 1 Stadtsatzung) „in der Regel Stadtbezirksverbände“. Organ der Ortsverbände ist u. a. die Mitgliederversammlung, die mindestens 4 mal jährlich stattfinden muss (§12 Abs.1 Nr. a Landessatzung).

Innerhalb der Kreisverbände können sich weitere Gruppen von Mitgliedern „frei bilden“. Diese sind jedoch keine Gliederung der Partei. Die Bundessatzung spricht hier von „Basisgruppen/Basisorganisationen“. Landessatzung und Stadtsatzung legen sich auf den Begriff „Basisgruppe“ fest. Diese können innerhalb von Kreisverbänden bestehen, entweder als „Teile von Ortsverbänden“, als „Teile von landesweiten Zusammenschlüssen“ oder als „selbstständige überörtliche Gruppe von Mitgliedern“. Die Stadtsatzung sagt ferner, dass sich „innerhalb der Ortsverbände“ Basisgruppen bilden können. Diese müssen aus mindestens 3 Mitgliedern bestehen und den Vorstand des Ortsverbandes informieren (§2 Abs. 3 Stadtsatzung).

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Die Partei gliedert sich in Bundesverband, Landesverbände, Kreisverbände (die Stadtverbände heißen können) und Ortsverbände (die z. B. Stadtbezirksverbände heißen können). Dazu gibt es noch die Basisgruppen, die keine Gliederungen sind sondern freie und freiwillige Zusammenschlüsse von Mitgliedern. In unserem Stadtverband kann da aber die Verwendung von Begriffen für Verwirrung sorgen. Zum einen sagen fast alle „Basisorganisation“ statt „Basisgruppe“. Zum anderen (siehe letzter Delegiertenschlüssel Stadtparteitag) nennen sich viele Basisgruppen Ortsverbände (OVs), z. B. OV Holzhausen oder OV Schönefeld. Andererseits nennen sich Ortsverbände aber auch Basisorganisation (BO), wie bspw. die „Basisorganisation Reudnitz-Anger-Crottendorf-Thonberg“ („BO RAT“), die eigentlich ein Ortsverband ist. Das ist auch alles nicht verboten, schließlich kann man sich nennen, wie man will. Rein formal betrachtet kann man also auch eine Landesarbeitsgemeinschaft „Stadtverband Leipzig“ gründen. Aber vielleicht würde es zur Entwerrung beitragen, wenn alle sich danach benennen, was sie formal auch sind.



Bild: Elisa Gerbsch

Zwischen Flucht und Faschismus

Elisa Gerbsch Über die aktuelle Situation auf dem Balkan und eine Spendenfahrt der Linksjugend Leipzig

Auch diesen Winter befinden sich täglich tausende Flüchtlinge auf der Balkanroute, und ihre Situation spitzt sich zunehmend zu: Mazedonien schließt die Grenze zu Griechenland und behindert so eine Weiterreise. Viele Balkanstaaten legten erst kürzlich eine Einreise-Obergrenze von wenigen hundert Flüchtlingen pro Tag fest. Ungarn sichert seine Grenzen mit einem Stacheldrahtzaun. Die Menschen auf der Flucht sind gezwungen in notdürftigen Aufnahmestationen mitunter tagelang und bei Minusgraden auf weitere Informationen oder ihre Weiterreise zu warten. Mancherorts mangelt es an Essen, Trinken, warmer Bekleidung und medizinischer Versorgung. Gleichzeitig machen europakritische, rechtskonservative und (ultra-)nationalistische Parteien der Länder Südosteuropas Stimmung gegen Geflüchtete und bestärken so xenophobe Tendenzen in der Bevölkerung.

Angesichts dieser Tatsache schlossen wir uns als eine 8-köpfige Gruppe aus dem Kreise der Linksjugend Leipzig, der Linksjugend Harz sowie Sympathisant*innen zusammen. Vom 12.02.-14.02.2016 machten wir uns mit dem Bus des Landesvorstands unter dem Motto „Zwischen Flucht und Faschismus“ auf den Weg nach Südosteuropa. Wir verfolgten damit zwei Vorhaben: Zunächst brachten wir die noch verbliebenen Hilfsgüter, wie Schuhe, Mützen, Schals und warme Winterjacken aus dem Interim nach Sid in Serbien. Hier befindet sich ein Transitcamp für Flüchtlinge direkt an der Autobahn. Nach einigen Stunden oder Tagen Aufenthalt und nach dem Signal aus Kroatien werden die Menschen von hier aus an die EU-Außengrenze gebracht. Die Verantwortlichen des Transitcamps nahmen unsere

Spenden dankend entgegen, zeigten uns das Camp und beschrieben uns die Erfolge, aber auch die Probleme vor Ort.

Am Tag darauf startete unser zweites Vorhaben und wir fuhren von Serbien aus nach Ungarn. Am 13.02.2016 stellten wir uns der jährlich in Budapest stattfindenden Nazidemo entgegen. Die Veranstaltung soll der gefallenen ungarischen und deutschen Soldaten Gedenken, die im Winter 1944/1945 bei der Kesselschlacht um Budapest durch die Rote Armee ihr Leben ließen. Die Demonstration attrahiert jedes Jahr 2000-3000 Nazis aus ganz Europa.

Solidarisch haben wir uns mit rund 60 Antifaschist*innen zum Gegenprotest versammelt und versuchten durch Rufe, Musik und Pfeifen die Nazidemo zu stören. Auf dem Weg zurück zur Tramstation sowie während der Fahrt musste uns die Polizei eskortieren, um unseren Schutz zu gewährleisten. Abends sprachen wir auf einer Veranstaltung in lockerer Runde mit einigen Genoss*innen. Wir bekundeten immer wieder unsere Solidarität angesichts ihrer aussichtslosen Lage und versprachen gemeinsam gegen faschistoide Stimmungen in der Bevölkerung Ungarns anzugehen. Unsere Erfahrungen haben wir in Interviews mit Radio Korax und Radio Blau (gleft.de/1bH) festgehalten. Gern sind wir jederzeit dazu bereit, eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema durchzuführen, so dass mehr und mehr Menschen für die Zerrissenheit der Balkanländer zwischen Fluchtthematiken und Faschismus sensibilisiert werden.

Bericht zum Jahrestreffen 2015 der LAG

Thomas Kachel Bericht von der Mitgliederversammlung der LAG

Liebe GenossInnen, liebe Friedensfreunde, wie bereits berichtet hat unsere LAG ein erfolgreiches Jahrestreffen gehabt, auf dem wir unseren Jahresplan für 2016 verabschiedet haben (angehängt). Bis zu 40 Personen nahmen teil, allein das kann schon als Erfolg gelten. In der Grundsatzdiskussion zu Beginn des Treffens referierte der stv. Bundesvorsitzende Tobias Pflüger über die anstehenden Aufgaben für die Friedenspolitik der LINKEN im neuen Jahr. Er forderte eine eindeutige Ablehnung der Partei auch gegenüber den gerade in Gang gesetzten neuen Auslandseinsätzen. Die Losung der Partei müsse mehr den je sein: „Bomben bringen keinen Frieden“, und schloss damit alle militärischen Einmischungen in Syrien ein. Er verwies auf die Grundgesetzwidrigkeit des Syrien-Einsatzes (da es kein System gegenseitiger Sicherheit gäbe in dessen Rahmen die Bundeswehr hier eingesetzt werde). Er verwies auf den jahrzehntelangen Interventionismus der westlichen Mächte, die die Grundlage für die umfassende Destabilisierung der Region des Nahen Ostens gelegt hätten. Dies sei das beste Terroristen-Züchtungsprogramm gewesen, das die Islamisten gebraucht hätten. Hier gelte es dem Druck zu widerstehen, den die Bundesregierung mit dem Slogan „Solidarität mit Frankreich“ ausübt. Solidarität mit den Opfern von Paris heiße nicht, Zivilisten in Syrien zu töten. Die Spontandemos in 26 dt. Städten am Tag der Mandatierung des Syrien-Einsatzes wertete er als ermutigend, auch die Umfragen für die LINKE würden durch ihre klare Positionierung steigen. Die konkreten Aktivpunkte für die Friedensbewegte LINKE im ersten Halbjahr dieses Jahres:

- 13. Februar: Demo gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, wahrscheinlich auch eine in Berlin
- die Bundesfriedenskonferenz der LINKEN am 19. März in Berlin
- der NATO-Gipfel in Warschau und der Gegengipfel am 1.-3.7.2016 (Wochenende davor)

In einer vom Friedenszentrum Leipzig veranstalteten Diskussion stellte Wolfgang Gehrcke im Anschluss sein Buch ‚Rufmord‘ vor, in dem er sich kritisch mit der Inflation der Antisemitismusvorwürfe auseinandersetzt, die in den letzten Jahren innerhalb der Linken Konjunktur hatten. Im letzten Teil diskutierte Wolfgang die Problematik der Beziehungen Deutschlands und Russlands und deren Wichtigkeit für den Frieden in Europa. Er betonte, dass, egal wie man sich zu Russland unter Putin positioniere, die strategische Aggressivität in dieser Frage eindeutig von der NATO und ihrem Drang zur Expansion nach Osten ausgehe. Er sehe sich mit vielen

Politikern besonders in der SPD einig in dem Bestreben, eine weitere Eskalation zu verhindern. Der Waffenstillstand im Donbass müsse bewahrt, und die Versuche von Verhandlungen zwischen den Separatisten und der Regierung in Kiew unterstützt werden. Eine solche Politik sei zahlreichen anderen Politikern der großen Koalition, den sogenannten Atlantikern, ein Dorn im Auge. Er hoffe, dass sich in der SPD diejenigen Politiker durchsetzen, die das Konzept der friedlichen Koexistenz mit Russland verfolgten. Unser Mahnspruch müsse sein: „Macht uns die Russen nicht zu Feinden!“.

In der Debatte tauschten wir unsere Standpunkte aus. Es wurde übereingestimmt, dass der Bürgerkrieg in Syrien und damit die Problematik von Terror und Flucht das bestimmende außenpolitische Problemfeld für die LINKE im kommenden Jahr und auch für uns in Sachsen bleibt. Als zweites wurde, besonders wegen dem bevorstehenden Gipfel in Warschau, die NATO- Frage und die Notwendigkeit des Protestes gegen ihre Politik als aktuell gesehen. In Sachsen wäre unsere Aufgabe auch die Mobilisierung für den Gegengipfel in Warschau. Es war auch Konsens, dass die LAG den Anstoß dazu geben will, einen Rüstungsatlas für Sachsen zu erstellen. Es wurden vier Veranstaltungen beschlossen:

- eine zum NATO-Gipfel in Vorbereitung des Ostermarschs (Raum Dresden angedacht),
- zwei zu Flucht und Terror im Nahen Osten,
- ein Workshop zum Rüstungsatlas.

Die genauen Termine werden noch festgelegt. Im Nachgang wurde klar, dass die Vorbereitungsarbeit für den Termin zum Rüstungsatlas am größten würde, weshalb sich eine Umlageung dieses Termins notwendig machte. Aus diesem Grund wurde auch das Jahrestreffen, das wir dieses Jahr in Zwickau durchführen wollen, weiter in den Herbst verlegt (s. Plan). Unabhängig vom Arbeitsplan erklärten sich einige Mitglieder des Leipziger Friedenszentrums bereit, auch in Leipzig im Zeitraum kurz vor Ostern eine Podiumsveranstaltung zur NATO mit einem prominenten Referenten durchzuführen.

Folgende Aufgaben stehen an:

- Anträge vor dem Parteivorstand am 15. Januar: Unsere zwei Parteitagsträger wurden am 15.1. vor dem Landesvorstand behandelt. Bezüglich unseres Antrags, eine Demo gegen die Teilnahme des Marienberger Panzergrenadierregiments in der NATO-Speerspitze zu machen, wurde beschlossen diesen Antrag zu stunden, bis wieder ein sächsisches Truppenteil der Bundeswehr in diese Speerspitze eingegliedert wird. Diese Speerspitze eskaliert die militärische

Aufrüstung an der Westgrenze Russlands und deshalb dürfen sich Bw-einheiten an ihr beteiligen! Unser zweiter Antrag, Erstellung eines Rüstungsatlas für Sachsen, müssen wir umformulieren, so dass die Partei dieses Projekt nur anschiebt bzw. unterstützt. Die eigentliche Arbeit müssen sich RLS und die Landtagsfraktion teilen, wir müssen beide dazu bekommen zu erkennen, dass dies ein wichtiges Projekt ist.

- Vertretung der LAG auf dem Tag der Landesweiten Zusammenschlüsse: Am 27. Februar findet in Dresden das alljährliche Treffen der Zusammenschlüsse statt, bei dem auch die Finanzen der einzelnen LAGs diskutiert werden. Es wird erwartet, dass dort anhand der jetzigen Mitgliederzahlen eine Ansage erfolgt sowohl bezüglich der Gelder für jede LAG, als auch für mögliche Parteitagsmandate. Aus diesem Grunde ist unsere Teilnahme dort unbedingt abzusichern.

Über die Zukunft des ÖPNV in Leipzig

Franziska Riekewald Debatte in Gohlis

Trotz schlechten Wetters folgten mehr als 50 Interessierte der Einladung von Stadtratsfraktion und Stadtbezirksverband Nord zu einer öffentlichen Veranstaltung in die „Goldene Höhe“ nach Gohlis. Fragen der weiteren Entwicklung des Leipziger ÖPNV bewegen ganz offensichtlich sehr viele BürgerInnen. Die Geschäftsführer der Leipziger Verkehrsbetriebe und des Zweckverbandes Nahverkehrsraum Leipzig, Herr Juhrs und Herr Mietzsch, informierten zu aktuellen Problemen und anstehenden Projekten und beantworteten geduldig die Vielzahl von Fragen. Themen waren unter anderem die Finanzsituation des Nahverkehrs, der Ausbau des Schienennetzes sowie die Behindertengerechtigkeit und Nutzerfreundlichkeit von Haltestellen, die Modernisierung des Fuhrparks und natürlich die ständigen Fahrpreiserhöhungen. Auf Einiges konnte es nicht sofort eine Antwort geben, aber unsere Gesprächspartner haben zugesagt, offene Anliegen mitzunehmen und zu prüfen. Tatsache ist, dass die Verkehrsunternehmen vor dem Hintergrund schwieriger werdender Finanzierung und weiter wachsender Bevölkerung vor immensen Herausforderungen stehen. Nach zwei Stunden Diskussion war es nicht ganz einfach, ein Ende der lebhaften Diskussion zu finden. Die Fraktion wird aus dieser Veranstaltung eine Reihe von Problemen mitnehmen und versuchen diese bei der anstehenden Diskussion zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes einzubringen.

Beschlüsse vom Stadtparteitag

Tilman Loos Über die Ergebnisse der 1. Tagung des 5. Stadtparteitags

Der Rechenschaftsbericht des alten Stadtvorstandes wurde zur Kenntnis genommen und der alte Stadtvorstand einstimmig entlastet. Dem Stadtparteitag lagen ferner verschiedene Anträge vor. So wurde ein Antrag mit einem Konzept zur Erarbeitung neuer Wohnungspolitischer Leitlinien beschlossen. Dazu lagen 5 Änderungsanträge vor. Drei von diesen wollten zum einen, dass ein Programm aufgelegt wird, welches dafür wirbt, Wohn- oder Grundstückseigentum an die stadteigenen Gesellschaften zu vererben. Zum anderen sollte festgehalten werden, dass die Stadt über ihre Gesellschaften aktiv Wohneigentum zurückkauft und mittelfristig grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkauft, sondern nur verpachtet werden. Diese Anträge wurden von den Antragssteller*innen übernommen; ebenso ein Antrag von Juliane Nagel, dass wir uns in die Debatte um die Entwicklung nachhaltiger Formen der sozialen Wohn-

raumförderung einbringen wollen. Weiterhin beschlossen wurde ein durch Änderungsantrag geänderter Antrag, wonach DIE LINKE Leipzig sich weiter aktiv gegen Legida & Co. engagiert und insbesondere zu den Aktionen am 7. März aufruft, zu denen auch die Parteivorsitzende Katja Kipping zu Gast sein wird. Ein Dringlichkeitsantrag gegen städtische Investitionen in fossile Energieträger und ökologische Projekte wurde an den Vorstand überweisen. Ein Satzungsänderungsantrag, der darauf orientierte, dass künftig für Satzungsänderungen auf dem Stadtparteitag eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden ausreicht, wenn insgesamt mehr als 50% der gewählten Delegierten zustimmen, hat amüsanterweise zwar 77% Zustimmung erfahren, aber das Quorum nicht erreicht, das bei ca. 85% lag. Ferner wurde beschlossen, dass die Zusammenschlüsse neue Mitwirkungserklärungen sammeln und abgeben müssen.

(AG) Zukunft gestartet

AG Zukunft Über die Debatten an der Basis

Das Zukunftsprojekt des Leipziger Stadtverbandes ist nach dem erfolgten Beschluss des Stadtparteitages im November 2015 erfolgreich gestartet. Seit zwei Monaten organisieren die fleißigen Mitglieder der „AG Zukunft“ zahlreiche Diskussionsrunden, in denen die Mitglieder unserer Partei miteinander diskutieren, wo sie u.a. uns in der Leipziger Stadtgesellschaft als politische Kraft sehen und welche Veränderungspotenziale sie für nötig erachten? Aus diesen Diskussionsrunden, die in der Regel zwischen einer und zwei Stunden in Anspruch nehmen, erwächst allmählich ein detailliertes und facettenreiches Stimmungsbild unseres Stadtverbands. Gewiss ist es schon ein großer Erfolg, dass zahlreiche Diskussionen in den Gliederungen (Stadtbezirksverbände, Basisorganisationen oder Arbeitsgemeinschaften) stattgefunden haben, bei denen die Genossinnen und Genossen ihr eigenes Wirken in der Leipziger LINKEN einmal reflektieren konnten. Dafür gebührt Ihnen schon an dieser Stelle ein großer Dank für die tollen Debatten. Am Ende zogen alle Diskussionsteilnehmer_innen ein positives Feedback. Auch den vielen Mitstreiter_innen der „AG Zukunft“ kann nur gedankt werden, die Terminorganisation, die Diskussionsdurchführung und die Ergebnissicherung waren sehr aufwendig, aber bislang hat alles super geklappt. Wir möchten natürlich am Ball bleiben und ihr könnt bei unserer AG-Mitstreiterin Steffi Deutschmann unter 0341-14064411 Diskussionstermine vereinbaren. Sind diese fix, kommen wir zu euch in euren Stadtbezirksverband, eure Basisorga-

nisation oder weitere Parteigliederung (z.B. Jugendverband). Bis Ende April 2016 wollen wir diesen Baustein unserer Zukunftsdiskussion mit euch gemeinsam realisiert haben. Im Anschluss werden wir mit einem Fragebogen, den wir gerade in der „AG Zukunft“ erstellen, noch einmal unsere Verbandsmitglieder konsultieren. Es sind schon viele Gesprächsprotokolle entstanden und aufschlussreiche Informationen bei uns eingegangen, die in den nächsten Monaten ausgewertet werden müssen. Dies soll in einer Form geschehen, die – nicht nur – interessierte Stadtverbandsmitglieder in die Lage versetzt, auf Grundlage der Ergebnisse der Diskussionsrunden und Fragebögen eine stringente Zukunftsdebatte zu führen. Das wird für unsere AG gewiss ein hartes Stück Arbeit, aber bei der aktuellen Motivation bekommen wir das ganz sicher hin. Wenn ihr euch über unsere Arbeit und Pläne informieren möchtet, dann schaut am besten in die Unterlagen des letzten Stadtparteitages (www.die-linke-in-leipzig.de, Klicken auf: Dokumente – Stadtparteitag - 4. Stadtparteitag - 4. Tagung - Materialienheft, PDF runterladen und dann auf Seite 41 bis 43 in der PDF schauen oder wir bitten den Genossen Kay Kamieth, dass er die drei Seiten noch in der Freitagspost verschickt;-). Oder ihr kommt bei uns vorbei. Wir verstehen uns natürlich als offene AG, die jeden dritten Dienstag (um 20 Uhr) zur Mitarbeit in das Liebknecht-Haus einlädt. Wir freuen uns auf euch und bleiben am Ball.

Wahlergebnisse Stadtparteitag

Redaktion Zahlen von der 1. Tagung des 5. Stadtparteitages

Für den 5. Stadtparteitag gibt es 113 Delegiertenmandate. Davon wurden 110 vergeben. Davon sind 62 Frauen und 48 Männer. Anwesend waren 98 Delegierte (89,1%), entschuldigt 12 Genoss*innen. 26 Gäste waren angemeldeterweise Anwesend. Zur Wahl des Stadtvorstands kandidierten für die beschlossenen 15 Plätze 17 Genoss*innen. Zur Wahl des Stadtvorstands wurden 95 (Einzelwahlen) bis 93 Stimmen abgegeben.

Wahl Stadtvorstand	
Vorsitzender	
Adam Bednarsky	80,85%
Stv. Vorsitzende	
Barbara Höll	71,58%
Michael-Alexander Lauter	65,26%
Schatzmeisterin	
Elke Gladytz	95,79%
JuPos	
Elisa Gerbsch	87,37%
Richard Cybik	70,53%
Mindestquotierung	
Steffi Deutschmann	88,17%
Marianne Küng-V.	81,72%
Conny Falken	79,57%
Lisa Umlauf	79,57%
Maria Jessulat	63,44%
Gemischte Liste	
Marco Götz	77,78%
Dietmar Pellmann	72,22%
Kay kamieth	68,89%
Stephan Sander	68,89%
Nicht gewählt gemischte Liste	
Marco Böhme	45,56%
Andreas Praße	21,11%

Wahl Finanzrevisionskommission	
Eva Firesch	95,70%
Brigitte Naumann	94,62%
Josef Pach	94,62%
Gerd Seifert	94,62%
Ursula Kleinhenz	93,55%
Steffen Klötzer	83,87%

Bilder: I.U. v.l.o.: Kay Kamieth, Christina Wertha, Anja Feiks



3 Bilder aus dem Februar

Bild links oben: Am 10. Februar haben Abgeordnete zahlreiche Spenden für Geflüchtete übergeben. Auf dem Bild ist der große Spendenfundus vor Ort zu sehen. (siehe Artikel unten auf dieser Seite)

Bild rechts oben: Über 50 Personen verfolgten am 22. Februar in Gohlis die Diskussionsveranstaltung unserer Partei zum Thema öffentlicher Personennahverkehr (siehe Seite 5).

Bild rechts unten: Am 27. Februar fand in Dresden der „Tag der (Neu-)Mitglieder und landesweiten Zusammenschlüsse“ statt. Insgesamt nahmen knapp 100 Mitglieder teil, darunter auch diverse Leipziger*innen. Zahlreiche landesweite Zusammenschlüsse nutzten außerdem die Gelegenheit, sich vorzustellen und konnten auch neue Mitstreiter*innen gewinnen.

Schlüppiübergabe in Spendenzentrale

Kay Kamieth Abgeordnete aus Leipzig übergeben nötige Unterwäschespenden

Den in Leipzig ankommenden, geflüchteten Menschen fehlt es an vielen für uns üblichen Dingen. Sie benötigen für die kalten Tage dringend warme Kleidung, feste Schuhe und viele Dinge mehr. Ständig werden in den Unterkünften auch Baby- und Hygieneartikel sowie Unterwäsche benötigt. Das Abgeordneten- und Projektbüro linXXnet und DIE LINKE. Leipzig unterstützen deshalb in der Weihnachtszeit den Roten Baum e. V. dabei, Spenden für fair gehandelte Unterwäsche und Sets mit Babyartikeln (Windeln, Babyfeuchttücher, Babypuder, Babycreme / Öl) zu sammeln. Sie riefen deshalb alle Menschen in Leipzig dazu auf, sich mit den Geflüchteten zu solidarisieren und mit Spenden zu unterstützen. Insgesamt wurden durch diesen Spendenaufruf über 1000 Euro eingesammelt. Vielen Dank dafür! Anfang Februar war es dann soweit. Die Leipziger Landtagsabgeordneten Juliane Nagel und Marco Böhme besichtigten gemeinsam mit den Bundestagsabgeordneten Susanna

Karawanskij und Dr. Axel Troost die Spendenzentrale Leipzig. Sie informierten sich dabei bei Christopher Zenker, einem der Initiatoren dieses Projektes, über die Arbeit der Zentrale und sprachen mit Ehrenamtlichen über deren Einsatz. Währenddessen wurden auch die Feuchttücher, die Windeln und die fair gehandelte und produzierte Unterwäsche für Damen und Herren an die HelferInnen übergeben. Bei dieser Visite wurde sich auch bei den Helferinnen und Helfern bedankt und sich nach der Möglichkeit diese zu unterstützen erkundigt. Ein aufschlussreicher Vormittag, bei dem deutlich wurde, wie nötig es ist, sich weiterhin zur Aufnahme von Schutzsuchenden zu bekennen, sie mit dem Nötigen zu unterstützen und ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Wir brauchen in Sachsen weiterhin auf vielen Ebenen Engagement für Weltoffenheit und Solidarität und gegen jede Form von Rassismus.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Satzung:** Die Neufassung der Satzung mit den Änderungen des Stadtparteitags vom 21. November 2015 ist ab sofort online abrufbar unter www.dielinke-leipzig.de
- **Website:** Schon gesehen? Die Website unseres Stadtverbandes hat ein neues Titelbild und auch Mitteilungsblatt und Freitagspost werden neu beworben: www.dielinke-leipzig.de
- **Landesjugendplenum:** Am 28. und 29. Februar tagte in Dresden die Vollversammlung der linksjugend [solid] Sachsen. Unter den 86 Teilnehmer*innen waren auch zahlreiche Leipziger*innen. Auf dem Treffen wurde unter anderem die Delegation zum Bundeskongress, gewissermaßen dem „Bundesparteitag“ des Jugendverbandes, gewählt. Von den 22 Delegierten sind mit Sinah Al-Mousawi, Nele Werner, Karla Kirsch, Steffen Juhran, Kalle Willi Wollinger, Jakob Mischen, Jacob Wagner und Christoph Schinke auch 8 Mitglieder der Linksjugend Leipzig.



Rot Runner on Tour – mach mit!

Kay Kamieth Der Rot Runner muss ohne HelferInnen und FahrerInnen leider im Keller dahindämmern...

Auch dieses Jahr wollen wir als LINKE aus dem Leipziger Süden uns gern wieder beim traditionellen Seifenkistenrennen am Fockeberg beteiligen. Was in den letzten Jahren immer wieder ein Spaß war, steht diesmal leider auf der Kippe. Nein, das Gefährt fährt, und auch der Berg ist noch bergig genug. Aber das Rennen findet 2016 ausgerechnet am 1. Mai statt. Ein Tag, an dem traditionell alle unsere Mitglieder beim Aufgalopp auf der Galopprennbahn Scheibholz sind. Deswegen fehlen uns dieses Jahr noch ein paar wage-mutige MitfahrerInnen und HelferInnen. Seid dabei! Bei Interesse meldet Euch bitte bei kay.kamieth@die-linke-in-leipzig.de

Ökotalk mit Marco Böhme

Marco Böhme Veranstaltungsreihe

Zusammen mit der Linksjugend Leipzig lade ich euch herzlich zu einer neuen Veranstaltungsreihe ein: Es geht ums Klima, um unseren Müll, unsere Mobilität und vieles mehr. Immer am letzten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr im INTERIM Demmeringstr. 32.

- 29. März – Auswertung Klimakonferenz Paris. Paris: hot or not? – zwischen cooler Lösung und heißer Luft. Marco Böhme im Gespräch mit Tazio Müller (Klima!Bewegungsnetzwerk, RLS)
- 26. April – Mobilisierung „Ende Gelände“. Ende Gelände in der Lausitz – Keine Kohle für Kohle. Verschiedene Akteure zeigen auf, warum es notwendig ist, die Lausitz zu besetzen
- 31. Mai – Verpackungsfrei einkaufen. Zero waste, waste of time? – Verpackungsfreie Einkäufe statt Müllberge im Park
- 28. Juni – Fairtrade. Fairness heute im Angebot, das Kilo 3,89€ – Der Eigenwert Fairtrade zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- Im Juli ist Sommerpause
- 30. August – Fahrscheinfreier ÖPNV. Zwischen Wirklichkeit und Vision – Ziele und Schritte zu einer ökologischen Mobilität für alle.

aktuelle Termine

„Guantanamo im Visier der USA“ – Eindrücke von Besuchen in Guantanamo (Oktober 2015)

Bildungsabend der Basisgruppe Messemagistrale. Diskussionspartner: Steffen Soult, Cuba si Leipzig.

Mi. 16. März, 18:00 Uhr
Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a

Wie gesellschaftsfähig ist die rassistische Ideologie der AfD?

Diskussion & Vortrag mit Andreas Kemper (Autor). Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Mo. 21. März, 18:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 32

Lesung: Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran

Eine religionsübergreifende Parabel über Toleranz, Weisheit, Fatalismus und Herzengüte und über eine ungewöhnliche Freundschaft..

Mi. 30. März, 19:00 Uhr
Wahlkreis-Kulturbüro, Mariannenstr. 101

Der Untergrund – subkulturelle Wurzeln radikaler Theorie und Praxis ab 1900

Diese Veranstaltung der AG Antifa mit dem Referenten Patrick Pritscha (Historiker, Chemnitz) sollte eigtl. schon im Januar stattfinden, wurde aber verlegt. Mehr Infos: <http://agantifa.blogspot.de>

Mi. 06. April, 19:00 Uhr
linXXnet, Bornaische Str. 5d

Sachsens Kultur - Räume, Möglichkeiten und Perspektiven

Abschluss der Kulturraumtour der Landtagsfraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Mi. 06. April, 19:00 Uhr
Neues Schauspiel Leipzig

Frühjahrsputz

Im Rahmen des jährlichen Frühjahrsputzes der Stadt beteiligt sich auch unsere Fraktion in Form einer Aktion.

Sa. 16. April, 10:00 - 12:00 Uhr
Ort wird noch bekanntgegeben

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE 80 8605 5592 1125 5042 22
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Dachboden, Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Donnerstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol, Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, einmal im Monat, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Mittwoch, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Kochstr. 132

DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr, GWZ, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander
Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 04.04., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.